

Schwaetzer: Kirche muss sich in die Politik einmischen

Leipzig (epd). Die christlichen Kirchen müssen sich nach Ansicht der Präsers der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Irmgard Schwaetzer, bei großen gesellschaftlichen Fragen in die Politik einmischen. Die Kirchen seien immer dann gefordert, "wenn es darum geht, die Lebensbedingungen der zukünftigen Generationen zu sichern, damit diese auch in Zukunft noch Entscheidungsspielraum haben", sagte die ehemalige Bundesbauministerin am Freitag auf der Leipziger Buchmesse. Das betreffe zum Beispiel Fragen der Lagerung von Atommüll, aber auch die Flüchtlingspolitik.

Es sei eine Tatsache, dass sich "Europa mit festen Grenzen abschottet" gegen jene, die in allergrößter Not seien, sagte Schwaetzer. Da sei es Aufgabe der Kirche "immer wieder auf der Matte zu stehen" und zu fragen, welche Wertmaßstäbe die Politik an ihre Entscheidungen anlege.

Bei der Veranstaltung des Evangelischen Medienverbandes in Deutschland äußerte sich Schwaetzer auch zur Sterbehilfe. "Die Diskussion darüber, wie ein Mensch sich zu seinem eigenen Ende verhält, wird nie aufhören", sagte sie. Oft werde in Zusammenhang mit Sterbehilfe gesagt, die Selbstbestimmung des Menschen müsse auch am Ende des Lebens gelten. Aber wenn dann genauer nachgefragt werde, seien es zumeist "Angst vor dem Alleinsein oder Angst vor Schmerzen", die maßgeblich hinter Selbstmordgedanken stünden.

"Wir sind als christlich lebende Gemeinschaft gefordert, ein tragfähiges Auffangnetz zu bauen und den Menschen die Angst vor dem Alleinsein zu nehmen", sagte Schwaetzer. Am Lebensende könnten zum Beispiel Hospize helfen, in denen die Kranken die Möglichkeit bekämen, "ihr Leben auch wirklich bis zum Ende zu leben".